

Studien zur _____

Philosophie & Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis

Horst Müller

Die Kapitalwirtschaft, der verschuldete Steuer- und Sozialstaat und die Systemalternative im Schoß der modernen Infrastrukturgesellschaft

In Anknüpfung an Ideen
einer Fundamentalökonomie
und neosozialistischen Politik

Bibliographischer Hinweis

Das Portal der *Initiative für Praxisphilosophie und konkrete Wissenschaft* (IPkW) verzeichnet diese Publikation als wissenschaftliche Literatur zum freien Zugang. Nürnberg, am 02. April 2020.

Leicht verbesserte Version und ergänzte Literatur

am 07.04.2020. Open access unter

https://www.praxisphilosophie.de/sozialstaat_infrastrukturgesellschaft_und_systemalternative.pdf

Ein Abstract bzw. eine Einleitung findet sich am Ende des Beitrags

Hinweis zum Ausdruck

Beiträge zur PRAXIS-Diskussion sind im .pdf Format als Broschüre formatiert.

Drucker auf „Broschüre“, „Beide Seiten“, „Bindung links“ einstellen.

Einfacher Ausdruck mit „Hochformat“, „Größe anpassen“, „2 Seiten pro Blatt“.

Horst Müller, Dr. phil., geb. 1945, Sozialphilosoph und Sozialinformatiker. Redakteur des Portals [praxisphilosophie.de](https://www.praxisphilosophie.de). Arbeitsschwerpunkte: Konkrete Praxisphilosophie, Politische Ökonomie und Systemalternativen, Stadt- und Sozialforschung, gesellschaftliche Transformation.

<https://www.praxisphilosophie.de>

dr.horst.mueller@t-online.de

Horst Müller

Die Kapitalwirtschaft, der verschuldete Steuer- und Sozialstaat und die Systemalternative im Schoß der modernen Infrastrukturgesellschaft

In Anknüpfung an Ideen einer Fundamentalökonomie und neosozialistischen Politik

Auf allen Entwicklungsstufen gibt es ganz unterschiedliche Wege, ein wirtschaftliches, soziales und politisches System zu gestalten, die Eigentumsverhältnisse zu definieren, ein Steuer- oder Bildungssystem einzurichten ...

Piketty, Die Ideologie der Ungleichheit, Blätter 4/2020

„Aber ohne Ökonomie“ - das heißt jetzt ohne die Wiederaufnahme und Fortentwicklung der von Marx begründeten Wissenschaft der politischen Ökonomie - „geht's nicht, sonst ist es abstrakter Utopismus.“

Ernst Bloch Gesamtausgabe, ErgBd., S. 224

Blickwendung von den wachstumskritischen Diskursen zu den Reproduktionsverhältnissen

Ein kurzer Blick auf das Spektrum alternativer Ansätze und Bewegungen lässt erkennen, inwiefern mit der Fundamentalökonomie eine vielversprechende Blickwendung verbunden ist: Beispielsweise knüpfen die Fridays for Future an Umwelt und Klima an und fordern eine entschiedene Kehrtwende, ohne überhaupt eine eigene, spezifische Programmatik zu vertreten. Ganz verschiedene alternative Ansätze, darunter die solidarische Ökonomie, suchten schon seit vielen Jahren in Denk- und Möglichkeitsräumen Fuß zu fassen und beispielgebend oder provozierend in die Gesellschaft zu wirken. Speziell in Frankreich sind Gelbwesten in die Offensive gegangen.

Neuerdings hoben sich wachstums- und ökologiekritische Konzepte und Zukunftsideen wie DeGrowth oder Postwachstum heraus. Mit erweitertem Blick fürs Soziale, auch mit radikaldemokratischen Ideen, ging das inzwischen in die breitere Strömung für eine sozial-ökologische Transformation ein. Der kapitalismuskritische Ton und utopistische Ambitionen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Grundtendenz sozialreformerisch ist.

Es verschwimmen die Grenzen zu einer bloßen ökologischen Modernisierung durch einen grünen und sozialen „New Deal“, welcher de facto darauf hinausläuft, das Ganze durch partielle Kapitalvernichtung und eine massiv gehebelte Restrukturierung auf mehr Nachhaltigkeit und für einen neuen Aufschwung zu trimmen. Angesichts der existenziellen Klima- und Umweltkrisen erzeugt dies den Anschein eines passablen Programms, das mit der Wirtschaft zugleich die Umwelt retten könnte.

In einer anderen Strömung weist der Begriff „Transformation“ noch theoriegeschichtliche Referenzen (Polanyi 1997) und wesentlich politisch-ökonomische oder auch hegemonietheoretische Bezüge auf. Die Überlegungen kreisen um real erscheinende Utopien und schließen politstrategische Erwägungen ein. Eine im eigentlichen Sinn „konkrete Alternative“ ist daraus bisher nicht erwachsen. Politisch bleibt es bei verteilungs- und kaum systempolitischen, eigentlich sozial-demokratischen Konzepten der Linken.

Die mit der „Fundamentalökonomie“ verbundene, anderweitig auch als „Infrastrukturökonomie“ angesprochene Blickwendung hat Streeck jetzt so beschrieben (Streeck 2019): Der Ansatz hilft, die „vornehmlich redistributionistische Perspektive überwinden, in die die Linke sich hat hineinmanövrieren lassen“ und ermöglicht, zu einer Orientierung zu kommen, „die wieder an reale Produktions- und Reproduktionsprozesse anschließt, nachdem man diese so lange den neoliberalen Marktfetischisten überlassen“ hat. Inwieweit kann dieser Ansatz jetzt weiter führen?

Anschluss an die Kapitaltheorie und Blick auf die Fundamentalökonomie

Streeck stellt den Anschluss an das ökonomische Kerngeschehen und die Problematik der kapitalistischen Reproduktionsverhältnisse insoweit her, als er auf Grunderkenntnisse der Marxschen Wissenschaft der politischen Ökonomie rekurriert. Es geht um die Verwertungs- oder „Profitwirtschaft“, die auf eine „Steigerung kapitalistischer Profitabilität“ oder auch „nicht enden wollende Kapitalakkumulation“ aus ist: „Kapitalismus muss wachsen“.

Dieser könnte das nur, indem er sich vorkapitalistische wirtschaftliche Zusammenhänge anverwandelt oder „sie durchkapitalisiert“. Führte das historisch zum „Kasino des globalen Marktes“ und vermutlich in eine sich anbahnende „säkulare Stagnation“, so gehe der „selbst-zerstörerische Profitkapitalismus“ in seiner „Fresslust“ jetzt daran, sich auch noch die Sphäre der gesamtgesellschaftlich tragenden, sozial-infrastrukturellen Grundlagen oder der „Fundamentalökonomie“ einzuverleiben.

Wen diese und andere verbale Spitzen stören, mag sich daran erinnern, dass der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman mit Blick auf die Krise von 2008 und die eigene Zunft erklärt hat, die Makroökonomie der letzten 30 Jahre sei „bestenfalls spektakulär nutzlos, schlimmstenfalls absolut schädlich“. Marx verwies auf „die innerlich verzweifelte Armut, die die Grundlage des bürgerlichen Reichtums und seiner Wissenschaft bildet“ (MEW 42: 155). Schöner kann man es nicht sagen. Ich komme im Folgenden auf einen Kernpunkt dieser Armseligkeit zurück: Man hat es von Adam Smith bis heute zu keiner stichhaltigen „theoretischen Gesamtanschauung der abstrakten allgemeinen Grundlage des bürgerlichen Systems“ (MEW 26.1: 59) gebracht, und eben da liegt ein Hauptschlüssel zur Problemlösung in der heutigen Zeit.

Ich versuche im Folgenden sukzessive, sozusagen durch Streeck hindurch, die Problemlage klarer und diesen Schlüssel am Ende greifbar zu machen:

Im vorliegenden Artikel bezieht sich Streeck im Wesentlichen auf populärmarxistische Vorstellungen von Kapitalismus und argumentiert vor dem Hintergrund einer negatorischen Kritik der politischen Ökonomie. Die an anderer Stelle gezogenen Schlussfolgerungen auf „fünf chronisch gewordene Funktionsstörungen“ sind soweit auch ganz treffend: „Der dauerhafte Einbruch des Wachstums; die explodierende Ungleichheit; die Verarmung des Staates und die Ausbeutung der öffentlichen Güter; der Verfall der ökonomischen Moral; die globale wirtschaftliche Anarchie.“ (Zielcke 2015).

Zur Ergänzung oder auch Korrektur möchte ich zunächst auf zwei tiefer liegende Aspekte hinweisen, die für die Einschätzung der Lage oder auch Suche nach Alternativen von Bedeutung sind:

Erstens fokussiert solche Systemkritik sehr auf die „Profitmacherei“ des Kapitals. Das erweckt den Anschein, als ob damit auch schon die Wurzel des „Wachstumswangs“ freiliegt. Das Kernproblem ist aber nicht der Mehrwert an sich oder ein sogenanntes menschliches Gewinnstreben, sondern eine in der Reproduktionsformierung verankerte, intrinsische Systemfunktionalität. Diese macht sich fortdauernd und mehrdimensional geltend: Als Verwertungs-, Rationalisierungs-, Akkumulations-, Wachstums-, Expansions- und nicht zuletzt Extraktionszwang sowie eine damit untrennbar verbundene immer neue Steigerung der Produktivität, eine permanente und blendende produktivistische Innovierung.

Das eigentliche Systemproblem ist demnach nicht die Verteilungsfrage, die allenthalben ins Auge fällt und die man als Ungerechtigkeit beklagt. „Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstel-

lungen über ‚gerechte‘ Verteilung?“, bemerkte Marx. Und „Abgesehen von dem bisher Entwickelten war es überhaupt fehlerhaft, von der sog. Verteilung Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen.“ (MEW 19: 18, 22). Das systemisch entscheidende Kriterium, das auch Piketty auf 1300 Seiten nicht erfasst, ist das für die kapitalistische Krebsökonomie unaufheb- bare ökonomische Kalkül, die Wurzel einer überwältigenden wirtschafts- und gesellschaftsgeschichtlichen Akzeleration und Expansion.

Diese Ökonomie erzeugt jedenfalls nicht nur „ökologische“ Probleme, sondern stört und verletzt das existenzielle Naturverhältnis des Menschen tiefgreifend (Schmied-Kowarzik 2018) und vernutzt zunehmend und auf vielseitige Weise den Heimatplaneten der Gattung: Es wird nicht helfen, darüber nur einen grünen Rasen ausrollen zu wollen, auf dem dann das alte, immer wieder auch kriegerische Spiel weiter gespielt wird.

Zweitens speist sich die gewöhnliche Systemkritik aus der Interpretation der Marxschen Theorie im Sinne einer sozusagen negatorischen „Kritik“ der politischen Ökonomie oder des Kapitalismus. Diese so eingefleischte wie ganz unzureichende Auffassung abstrahiert vom geschichtlichem Denkhorizont der Marxschen Wissenschaftlichkeit und den überall eingestreuten oder expliziten Anläufen, „Übergangsformen“ und einer Alternative habhaft zu werden. Marx ist „utopistisch“ inspiriert, er fokussiert auf eine prinzipielle menscheitsgeschichtliche Wegscheide, Wende und zivilisatorische Alternative (MEW 42: 92; vgl. Wallerstein 2002). Die eigentliche Frage ist daher, warum Marx letztere nicht fand oder besser: nicht finden konnte. Mit dieser Fragestellung wäre der Weg zur Fortführung seines zugrunde liegenden transformationsforscherischen und sozialrevolutionären Grundanliegens gewiesen.

So aber bieten die tradierte marxistische politische Ökonomie oder die Repetitorien der Kapitaltheorie, über einen immer wieder analytisch nachbohrenden und aktualisierten Antikapitalismus hinaus, keine wirklich konkrete Alternative. Karl Korsch, der die auch heute weiter schwelende „Krise des Marxismus“ unübersehbar gemacht hat, bemerkte 1912 ganz treffend: Der Begriff „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ ist „nach der positiven Seite hin leer und nichtssagend“ und „Sozialismus bedeutet Antikapitalismus.“ (Korsch 1974).

Eine neuere Diagnose besagt: "Was wir gegenwärtig beobachten, ist die Wandlung des Sozialismus von einer teilweise utopischen Theorie und fehlgeleiteten Realität zu einer romantischen Utopie." (Busch 2016). Da entsprechende positive Vorgaben nun auch für Streeck nicht in Sicht sind, richtet sich sein Blick auf der Suche nach Ansatzpunkten für eine erneuerte, „sozialistisch“ genannte Perspektive eben auf jene Fundamentalökonomie.

Er erkennt darin ein alternatives und entwicklungsfähiges Element oder Widerlager „im Schoß“ (MEW 42: 203) des Kapitalismus.

Zur Entwicklung und zur Eigenart des Fundamentalökonomischen

Was ist nun dieses Andere oder was wird hier fundamentalökonomisch in Betracht gezogen? „Gemeint sind die großen Netze der physischen und sozialen Infrastruktur, die moderne Gesellschaften zusammenschließen und ihre Mitglieder produktiv machen.“ Es geht um elementare gesellschaftliche Systeme, die sich in den je vor Ort und täglich lebensnotwendigen Einrichtungen und Leistungen darstellen. Primär dort werden schließlich auch Handlungs-, Änderungs- und Einflussmöglichkeiten verortet.

„Zu den ersteren zählen die fest installierten Leitungs- und Schienensysteme, die uns mit Wasser, Strom, Heizung und Transportleistungen versorgen; zu den letzteren kollektiv institutionalisierte Leistungsbeziehungen, die Gesundheit, Bildung, Pflege und soziale Sicherheit liefern.“ Das Straßen- und Verkehrssystem gehört sicherlich dazu, erwähnt wird später auch das Internet. Es werden auch Sozialwohnungen genannt und wird auf die öffentliche Verwaltung bzw. eine „leistungsfähige öffentliche Bürokratie“ verwiesen.

Mit solchen plausibel erscheinenden Aufzählungen, denen ich ein praxisanalytisch aufbereitetes ganzes Spektrum hinzufügen könnte (Müller 2019b: 13-15), gelingt es Streck wie auch sich vormals weit annähernden marxistischen Autoren nicht, die spezifische „ökonomische Form“ offenzulegen, die dahinter steckt (vgl. O'Connor 1974: 16-18). Mit traditionellen Kategorien, empirischen Beispielen oder auch blühenden Charakterisierungen ist das Wesentliche nicht zu fassen. Machen Altenheime und Palliativstationen etwa „ihre Mitglieder produktiv“? Oder liegt im Straßen- und Nahverkehrssystem ein bisher unentdeckter „alltäglicher Kommunismus“ vor der Tür?

Der Begriff „Kommunismus“ ist hier so fehl am Platz wie eine unversehens beschworene Integration oder gar „Inklusion“ aller Gesellschaftsmitglieder: Solange nämlich die fraglichen Produktionen oder Institutionen, ich spreche von Existenz- und Entwicklungsgrundlagen oder dem ganzen „zivilisatorischen Gehäuse der modernen Wirtschaft und Gesellschaft“ (Müller 2015: 435), ebenso eine erzkapitalistische Wirtschaft wie eine hochgradig entfremdete, extrem ungleiche und vielfach zersplitterte Gesellschaftlichkeit tragen.

Ein weiterer Versuch zur Charakterisierung setzt am „Umgang mit ihren Kunden, oder besser Klienten“ an, indem es um „gesellschaftliche Solidarität“ und „Anerkennung ihrer Bedürfnisse und Rechte als Mitmenschen“

gehe. Das möchte man für eher personenbezogene Dienste gerne unterstellen, aber für die öffentlichen Abwasserkanäle sowie Gefängnisse eher nicht. Auch geht es in Krankenhäusern nicht um eine Honneth'sche „Anerkennung“ oder eine Careökonomie, sondern um administrativ und apparativ hoch gerüstete, fachkundige Heilung im Team.

Oder dient etwa das Internet dem „Wohlstand für Alle“ und nicht etwa einem Überwachungskapitalismus, wie es so schön heißt? Der „Wohlstand, der allen gleichermaßen aus der Teilhabe an einer solchen Infrastruktur erwächst“, der „keine individuellen Statusunterschiede“ kennt, löst sich in der Praxisperspektive Betroffener schnell in eine Fata Morgana auf. Es macht einen wesentlichen Unterschied, ob der Anschluss an ein öffentliches Energienetz die Villa am Hügel heizt oder von der Sozialbehörde bezuschusst werden muss.

Streecks Definitionsversuche sind ökonomietheoretisch wenig stichhaltig wie die These, dass der Nutzeffekt der Versorgungsnetze vermutlich über ihre „Einrichtungskosten“ hinaus geht. Es klingt eine Idealisierung des Fundamentalökonomischen an: Infrastrukturen lohnen sich, „indem sie die Gesellschaft als Gesellschaft gleicher Bürger zusammenbringen, zum Zweck gesteigerter einzelwirtschaftlicher Produktivität ebenso wie als humaner Selbstzweck.“

Tatsächlich dient der Ausbau der Fundamentalökonomie im Bestehenden durchaus nicht der „praktischen Realisierung des Zugangs zu einem guten Leben für alle“ und ist jedenfalls nicht „per se“ ein „linkes, sozialistisches Projekt“: Wie es dazu vielleicht kommen könnte, bleibt im Weiteren zu klären. Zunächst verlangt der richtige Eindruck, dass solche Dinge besser nicht zur „Steigerung kapitalistischer Profitabilität“ betrieben oder besorgt werden sollten und eine weiterweisende Potentialität aufweisen, nach einer politisch-ökonomischen und historischen Analyse.

Von da kann man zunächst feststellen, dass die Entwicklung jener sozialinfrastrukturellen, auch kulturellen, dabei gewiss auch administrativen Grundlagen, einschließlich des modernen Kommunal- und Städtewesens, im Grunde eine Implikation, eine Entwicklung im Verbund mit der ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert expandierenden und zivilisierenden kapitalistischen Produktion und Gesellschaftlichkeit darstellt.

Bei allem sozialen und politischen Streit blieb im Ergebnis, dass das Gemeinwesen für das Allgemeinnötige und Vielleichtmögliche sorgen soll und die Unkosten dafür tragen muss, dabei aber gefälligst sparsam zu wirtschaften hat und, nur soweit nötig, die Mittel dazu durch Steuern und Abgaben von Seiten der Arbeit und Wirtschaft abziehen darf. Marx hat bereits erklärt dass sich das vermutlich ändert, wenn die fraglichen „allgemeinen“ oder

„gemeinschaftlichen Bedingungen“ des Reproduktionsprozesses (MEW 42: 438 ff.) kapitalökonomisch erfolgreich betrieben werden können. Heute nennt man das die Privatisierung des Öffentlichen.

Allerdings hat der jahrzehntelange neoliberale Furor in dieser Hinsicht inzwischen vielfach die Grenze zur Unverträglichkeit überschritten. Streeck spricht vom „losgelassenen Privatisierungsfanatismus“, der „planmäßig betriebenen Einverleibung der Basis- in die Profitwirtschaft mit ihren verheerenden Folgen“, die besonders am Beispiel der „Riesterrente“ auffällig werden. Die Frage ist nun allerdings: Können die aktuellen, erstarkenden Bewegungen gegen Privatisierungen oder für eine Rekommunalisierung, die „Forderungen nach einer Rücknahme des Ausverkaufs“, das System als solches transzendieren?

Das alles läuft insoweit darauf hinaus, dass es eine Frage der Wirtschaftskraft, der gesellschaftlichen Verträglichkeit und natürlich der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung ist, was in der Sphäre des steuer- und kreditfinanzierten Öffentlichen bleibt und nach Maßgabe sparsamer oder auch zunehmend schuldenfinanzierter Mittelverausgabung bewirtschaftet wird, oder was der verwertungswirtschaftlichen Form unterworfen bzw. halbhalbe und ungut in sogenannten Private Public Partnerships betrieben wird.

Man kann demnach kaum annehmen, dass die Kapitalwirtschaft mit einem besseren öffentlichen Nahverkehr oder einem starken sozialen Wohnungsbau nicht zurecht käme, oder dass die Einführung einer sozialstaatlichen Gesundheitsversorgung den amerikanischen Kapitalismus beschädigen würde, ganz im Gegenteil. Bei den neoliberalen Spitzen ist auch ein höherer Grad an Idiotismus, Ideologie und Korrumpierung im Spiel. Wie eine hohe Besteuerung oder Umverteilung system- und sozialverträglich sein kann, war in der Nachkriegsära und insbesondere in skandinavischen Staaten zu beobachten. Von da wird ganz plausibel auf hohe Bedarfe und Beschäftigungspotenziale in den fundamentalökonomischen Bereichen verwiesen (Heintze u.a. 2020).

Ziemlich voreilig ist dagegen, dem Fundamentalökonomischen, etwa auch dem Schienenverkehr und Autobahnbau, einen „alltäglichen Kommunismus“ zuzuschreiben. Tatsächlich kann von da weder der Wachstumszwang der Kapitalökonomie als solcher noch die chronische Verschuldung des Steuer- und Sozialstaats ausgehebelt oder aufgehoben werden. Aus dieser Situation resultiert die anhaltende Einklammerung oder Einsperrung des Öffentlichen beziehungsweise der sozialwirtschaftlichen Dienste in ein Gehäuse sozialer Austerität. Diese schlägt schließlich bis auf die lokale Ebene der modernen Wirtschaftsgesellschaft durch.

So ist es eine noch zu wenig begründete Hoffnung, dass aus der Verteidigung der Fundamentalökonomie gegen die asoziale Übergriffigkeit der Profitwirtschaft bzw. die „Kommerzialisierung dessen, was besser unkommerzialisiert bliebe“, vor allem auf lokaler Ebene, ein mächtiger Impuls für eine „neosozialistische“ Politik entstehen könnte. Die Aussicht ist eher, dass die vermutete Potentialität weiter blockiert wird, wenn nicht auch, oder vor allem, die politisch-ökonomische Systemkonfiguration wesentlich verändert wird. Diese ist heute wesentlich im übergreifenden Steuer-, Fiskal- und Haushaltssystem verankert (vgl. Goldscheid 1976). Diese Zusammenhänge müssen also näher analysiert werden.

Die komplementären ökonomischen Formen der Kapital- und der Sozialwirtschaft

Es trifft einen wahren Kern, das Öffentliche oder Sozialwirtschaftliche gegen das Privat- und Kapitalwirtschaftliche in Stellung zu bringen. In diese Richtung tönt sogar Emmanuel Macron, dass die „Gesundheit“ oder der ganze „Sozialstaat“ „keine Kosten oder Lasten, sondern wertvolle Güter“ seien, die „außerhalb der Marktgesetze gestellt werden müssen“. Jetzt forderte Piketty im neuen Werk wie in Interviews gar den „universellen Zugang zu Grundgütern und Grundleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Bildung, Gesundheit, Altersversorgung und dem Grundeinkommen“ (Piketty 2020).

Praktisch wird so zunächst und vor allem gesagt, dass es gelte, die neoliberal radikalisierte Kapitalwirtschaft oder einen „Hyperkapitalismus“ wieder zurück in Schranken zu verweisen und möglichst sozial erträglichere Verhältnisse herzustellen. Aber dahinter steht keine form- und reproduktionsanalytische Klärung des Gesamtzusammenhangs, die erhellt, inwieweit dies unter den gegebenen Voraussetzungen gelingen kann oder es überhaupt noch möglich ist, wohlfahrtsstaatliche Versprechen einzulösen.

Zunächst ist festzuhalten, dass sich der kapital- und der sozialwirtschaftliche Sektor ergänzen. Zur qualitativen Charakterisierung des sozialwirtschaftlichen Bereichs lässt sich allgemein sagen, dass es sich möglichst um eine Praxizität in gesellschaftlicher Verantwortung und Kontrolle handeln sollte. Dabei erlaubt der Unterschied der Wirtschaftsrechnung, das heißt zwischen der Kapitalverwertung auf der einen Seite, moderner Kameralistik oder auch gemeinnütziger Unternehmensführung auf der anderen Seite, tatsächlich einen anderen Tonus des Handelns.

Wo liegt aber nun ein weiter überschreitendes oder sprengendes Moment? Ich komme auf den Punkt „Reproduktion“ zurück, der den gesamten sozioökonomischen Prozess anspricht. Streeck verwendet den Begriff be-

zeichnenderweise nur eingangs und dieses eine Mal. Dabei ist aber doch die nächstliegende, grundlegende Frage, welche Stellung jener Hoffnungsträger „Fundamentalökonomie“ im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozess einnimmt. Dazu kann auch wieder erinnert werden: „Diese Reproduktion ist aber zugleich Neuproduktion und Destruktion der alten Form“ (MEW 42: 401 ff.).

Die überkommene ökonomisch-soziale und fiskalisch-ökonomische Praxis beruht auf der Vorstellung, dass „die“ Wirtschaft im Kern eine waren- und industriegewirtschaftliche Reproduktionsformierung ist, der ein Teil ihrer Produktionsergebnisse steuerlich abverlangt wird, um die für die Wirtschaft selbst wie auch für die Bevölkerung nötigen „allgemeinen, gesellschaftlichen, gesellschaftlichen“ (MEW 25: 274, 456 f.) Bedarfe und Bedürfnisse zu finanzieren und zu befriedigen.

Bei allem „Nutzen“ für die eine wie andere Seite sind das aber aus der Praxisperspektive „der“ Wirtschaft alles Unkosten, die die Gewinnmöglichkeiten mindern: Daher auch das Jammern über Staatsverbrauch und Sozialabgaben. Es ist ein Bildnis „der“ Wirtschaft, die unter Steuern ächzt und auf der Piste des liberalistischen Weltverkehrs im race to the bottom läuft. Solches denkt man sich auch populärmarxistisch als „der Kapitalismus“.

Dabei wird allerdings die seit dem ausgehenden 19. und im fortschreitenden 20. Jahrhundert eingetretene, maßgebliche ökonomisch-zivilisatorische Umwälzung ignoriert, die sich in der Entwicklung der sozial-infrastrukturellen Grundlagen manifestiert und in die Entwicklung der Formierung des modernen „Sozialkapitalismus“ (Müller 2012; Müller 2015: 434-459) mündete. Das heißt, dass das Marxsche, rein industriekapitalistische Reproduktionsmodell nur noch die eine Hand der gesellschaftlichen Arbeit im Kontext der Kapitalverwertung darstellt. Was vormals als „unproduktive Arbeit“ (MEW 26.1: 122 ff.) oder nachrangiger „unproduktiver“ Staats- und Sozialverbrauch erschien, hat sich dagegen als eine umfängliche neue Hauptabteilung der gesellschaftlichen Arbeit und Reproduktion entfaltet, die man jetzt mit dem Begriff „Fundamentalökonomie“ anspricht.

Im Unterschied zu persönlichen Dienstleistungen weisen die fraglichen Institutionen, handle es sich um Bundesanstalten, Universitäten, Krankenhäuser, Nahverkehrsnetze, öffentliche Medien, Kommunalverwaltungen, Opernhäuser, Gewerbeaufsicht, Finanzämter und viele Beispiele mehr (Müller 2019b: 12 f.) eine hohe „organische Zusammensetzung“ auf, das heißt sie benötigen ausgedehnte Investivmittel. Die ökonomische Form in dieser Varietät ist, wie im klassischen Fall der „Form von Waren“ (MEW 23: 62), die eben nicht irgendein verschwimmendes „nützliches Gut“ sind, an diesen oder jenen empirischen Charakteristika allerdings nicht zu fassen.

Die „ökonomische Form“ beruht darauf, dass es sich um eine zweite, im Verhältnis zur industriewirtschaftlichen Warenproduktion komplementäre, investiv hoch ausgerüstete Produktionsabteilung oder im Einzelnen um Leistungen handelt, welche die „allgemeinen, gemeinschaftlichen“ oder „gesellschaftlichen“ Existenz- und vor allem auch Entwicklungsbedingungen, wenn man so will das zivilisatorische Gehäuse einer bestimmten, national- und sozialstaatlich verfassten Gesellschaft hervorbringen. Der Wert der so erzeugten, nach Streeck „nichtbepreisten Allgemeingüter“ entspricht im Grunde den Produktionskosten. Es handelt sich aber nicht um explizit in Erscheinung tretende „Tauschwerte“, sondern, wie ich sagen möchte, um „Verkehrswerte“, welche implizite Vorkosten der waren- und industriewirtschaftlichen Arbeit und Produktion ausmachen. Von dort werden sie vom Sozialstaat mittelbar, in der Form von Steuern und Abgaben, mehr oder weniger in Rechnung gesetzt.

Diese Allgemeingüter sind an sich, wie man hört und auf Transparenten liest, keine marktgängigen „Waren“. Aber was dann? Attac hat bisher keine Antwort gegeben, und auch die marxistische Denktradition hat keinen angemessenen Begriff entwickelt. Der Begriff „sozialwirtschaftliche Dienste“ (Müller 2015: 444-450) soll jetzt, jenseits ewig unzulänglicher Exemplifizierungen, den Formunterschied und die Spezifik im Verhältnis zur industrie- oder kapitalwirtschaftlichen Warenproduktion ausdrücken.

Streeck verweist darauf, dass ansonsten „in der Ökonomik der Begriff des Kollektivguts zur Verfügung“ steht. Mit diesem liberalistischen Schwindelbegriff kommt man freilich nicht weiter. Auch der „neozosialistische Begriff von Fundamentalökonomie“ umkreist erst einmal das Problem. Dabei wird der reziproke oder rekursive ökonomische Gesamtzusammenhang übersehen. Wenn Streeck sagt, es gäbe einen „alltäglichen Kommunismus, der unserem alltäglichen Kapitalismus unterliegt und ihn faktisch überhaupt erst ermöglicht“, so wäre umgekehrt ebenso richtig zu sagen, es gibt einen alltäglichen Kapitalismus, der unserem alltäglichen Kommunismus zugrunde liegt und ihn faktisch erst ermöglicht.

Es handelt sich also um ein komplementäres Ergänzungsverhältnis zweier grundsätzlich verschiedener ökonomischer Formen und Sektoren innerhalb der national- und sozialstaatlichen Formierung des „Sozialkapitalismus“. Im Rückblick wird klar: Marx hat zwar die „Form“ der Waren analysiert und ein industrie- und kapitalwirtschaftliches Reproduktionsschema samt dessen Sozialverhältnissen modelliert und analysiert, aber von den Verhältnissen des formationell andersartig konfigurierten „Sozialkapitalismus“ konnte er nichts wissen. Dieser erfordert eine an die veränderte Konfiguration neu ansetzende Wert-, Reproduktions- und Praxisanalytik.

Es sieht daher so aus, als ob die nicht an die Forschungsmethode von Marx anschließende, sondern auf dessen nachgehende, explikative Darstellung des „Kapital“ fixierte politische Ökonomie in dieser Hinsicht den Anschluss verpasst und sich in der Folge in ein ungereimtes Verhältnis zur „sozialen Marktwirtschaft“ manövriert hat. Man blieb so vor allem auf eine negatorische Kapitalismuskritik fixiert, von der am Ende keine Brücke zu der eigentlich entscheidenden, konkreten Systemalternative führt.

Die Entwicklung zur Infrastrukturgesellschaft und die Krise der sozialkapitalistischen Formierung

Es kam zunächst darauf an, die Kapital- und Fundamentalökonomie als verschiedenartige, komplementäre Existenzen innerhalb eines nationalökonomischen Reproduktionszusammenhangs zu fassen. In diesem Verhältnis gibt es, wie zu zeigen ist, einen maßgeblichen wirtschaftsgeschichtlichen Wendepunkt. Die von da weiter gehende, ganz entscheidende These lautet, dass sich die gesuchte Alternative auf einer subsystemischen Ebene, wenn man so will unter der Decke des wesentlich sozial-infrastrukturell geprägten „demokratischen Kapitalismus“ oder „Sozialkapitalismus“ kristallisiert.

Wenn hier von „Sozialkapitalismus“ die Rede ist, dann in dieser ganz spezifischen reproduktions- oder konstitutionstheoretischen Fassung. Die eher beiläufige Nennung bei Streeck (Streeck 2013: 19, 111) ist nicht so gemeint. Es ist auch klar, dass das Konzept des latenzhaltigen Sozialkapitalismus eine andere als die gewöhnliche Periodisierung der kapitalistischen Entwicklung beinhaltet, eine neu ansetzende Wert- und Reproduktionsanalytik erfordert und nicht zuletzt überlieferte politische Vorstellungen in Frage stellt: Die substanzielle Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse als schwierigster Akt einer Geburtshilfe erfordert anderes als die Kunst und Macht einer Sprengmeisterei.

Demnach ist es nicht so, dass ein ermächtigttes Klassen- oder Kollektivsubjekt diverse Produktivkräfte wie Naturwissenschaft und Technik, Automation und Digitalisierung, befähigte Menschen oder gar künstliche Intelligenz zu einem neuen System zusammenpuzzeln könnte. Das Neue ist demnach auch nicht einseitig repräsentiert im gesellschaftlichen Charakter einer Fundamentalökonomie, wo Streeck es sucht, und ebenso nicht in einer geschichtlich überholten Wohlstandsgesellschaft, die kapitalwirtschaftlich fundiert ist und ihren produktivistischen, entfremdeten (MEW 42: 722 f.) und weltzerstörerischen Grundzug kaum verleugnen kann.

Wenn überhaupt, muss es sich um die Anlage einer andersartigen Reproduktionsfigur handeln, welche die beiden ökonomischen Hauptabteilun-

gen und den modernen Steuer- und Sozialstaat zu einer qualitativ andersartigen Reproduktionsordnung zusammenschließt.

Diese existiert demnach unter der Hegemonie der alten Formierung. Und ohne diesen bereits höher entwickelten Grundwiderspruch waren und sind in der Tat auch heute „alle Sprengversuche Donquichoterie“ (MEW 42: 93), das heißt ein Kampf gegen Windmühlenflügel.

Diese transformationstheoretische Konzeptualisierung, die Bezugnahme auf eine „im Schoße“ des Alten auffindbare Alterität, entspricht vollständig der eigentlichen Marxschen Grundauffassung vom Charakter gesellschaftlicher Prozessualität und einer Periode des Übergangs: Das Alte „treibt zu seiner Aufhebung“ und das Neue entwickelt sich derweil „innerhalb und gegen vorhandne Entwicklung der Produktion und überlieferte, traditionelle Eigentumsverhältnisse“ (MEW 42: 203, 320 ff.). Ein Geschichtsprozessschema von Krise, Revolution und Aufbau reflektiert das kaum, und ein damit verbundener Politizismus möchte sich darüber hinwegsetzen.

Die Genese der umschriebenen, latenzhaltigen, praxisch doppelt dimensionierten Wirklichkeit liegt also in der Herausbildung der sozialwirtschaftlichen Dienste als zweite Hauptabteilung der gesellschaftlichen Reproduktion und der damit verbundenen Rolle der modernen Steuer- und Sozialstaatlichkeit als vermittelnde und moderierende Zentralinstanz: Die „Staatsquote“, die das indiziert, mag in entwickelten Ländern z.B. 40% bis 60% des Nationaleinkommens betragen (Müller 2001).

Wenn Marx also noch sagen konnte, „die Steuern sind die wirtschaftliche Grundlage“ der „Regierungsmaschinerie“ oder Staatsmacht „und von sonst nichts“ (MEW 19: 30), so gilt das also für das modernen Staatswesen ganz und gar nicht. Der moderne Sozialkapitalismus ist auch nicht als Postfordismus oder postfordistischer Kapitalismus zu fassen, sondern stellt die Überschreitung der industriekapitalistischen, im Verhältnis unreifen Konfiguration von Ökonomie und Staatsmaschinerie dar.

In diesem Verhältnis gibt es nun einen maßgeblichen wirtschaftsgeschichtlichen Wendepunkt, von dem ab die neuere Konfiguration andrängt und sich störend bemerkbar macht:

Die fortgehende ökonomische und fiskalische Behandlung einer wirtschaftlich und gesellschaftlich maßgeblich mit tragenden, weithin emanzipationsfähigen und -bedürftigen Hauptabteilung der gesellschaftlichen Arbeit und Praxis als negativen Wertverzehr oder Unkostenfaktor, der rein aus den Einkommen auf Seiten der Lohn- und Kapitalökonomie entnommen werden müsste, unterminiert nicht nur in bestimmter Hinsicht sogar

deren Wirtschaften, sondern verursacht vor allem eine soziale und fiskalische Grundkrise des sozialstaatlichen, demokratischen Kapitalismus.

Offenkundig sieht sich der Sozialstaat, konfrontiert mit dem Verwertungsimperativ und der Steuerunlust einer im Wachstum inzwischen gehemmten Kapitalökonomie, zur Staatsverschuldung und, wiederum in der Folge und entgegen seiner ideellen und auch eigentlichen Aufgabenstellung und Verantwortung, mehr oder weniger zu einem inneren Austeritätsregime über das Öffentliche oder Sozialwirtschaftliche gezwungen. Abgesehen von der kapitalökonomisch ewig strittigen Auf- oder Verteilung zwischen Lohn und Gewinn ist dies das Grundverhältnis, um das sozialökonomisch, im Hin und Her auf dem Boden der sozialkapitalistischen Formierung gerungen wird.

Mit Blick auf diese systemische Problematik sollte man also nicht einfach von den „Folgen des selbst auferlegten Sparzwangs“ sprechen und von da unvermittelt auf „marode“, „auf Verschleiß gefahrene“, „beklagenswerte“ Infrastrukturen schließen, „erstaunlich in einem reichen Land mit zurzeit überschüssigen Steuereinnahmen“. Dabei wird nicht nur die ganz untypische, bisher noch ungewöhnlich günstige Vorzugsstellung Deutschlands unzulässig als Systemabbild ins Spiel gebracht, sondern die hundertfache Auszehrung und vor allem der eigentliche gesellschaftliche Entwicklungsbedarf an sozialwirtschaftlichen Diensten sogar noch weit unterschätzt.

Die Finanz- und Sozialkrise wird erst recht offenbar werden, wenn sich das Verhältnis zwischen Einzählern und Empfängern der Rente weiter verschiebt. Das wäre nur durch signifikante Steigerungen der Produktivität der Arbeit im gesamten Reproduktionssystem aufzufangen. Solche sind aber kapitalistisch nur als Begleiterscheinung der Akkumulation oder eines organischen Wachstums zu haben, und da dieses absehbar weiter in die Klemme kommt, gibt es dann für die künftige, gesamte nicht arbeitende Bevölkerung, zu der auch vermehrt jüngere Arbeitslose zählen, schon gleich gar nicht zu holen, was man zum auskömmlichen Leben braucht.

Schon der Ausdruck „Daseinsvorsorge“, der ein regelrechtes „Schlachtfeld“ (Steinhardt 2017) bezeichnet, verhüllt Essenzielles: Es geht nicht nur um eine Vorsorge für den Alltag und dessen Wechselfälle, sondern um entscheidende, positive Lebens- und Entwicklungsbedingungen der Individuen, der Wirtschaft und Gesellschaft.

Die multiple Systemproblematik sollte also nicht wieder und vor allem auf geld-, finanz- und konjunkturpolitischem Niveau dekliniert werden. Es gilt stattdessen die harten „Grenzen“ zu erkennen, innerhalb derer entsprechend bemühte „Financial Reformers“ „die Produktionsverhältnisse und

die auf ihnen ruhenden gesellschaftlichen Verhältnisse“ mit- oder ein wenig „umgestalten“ können (MEW 42: 80; MEW 19: 30).

Wenn es etwa gelänge, den kapitalwirtschaftlichen Betrieb nach der Coronakrise durch unbegrenzte Geldschöpfung, Kreditierung und entsprechende Haushaltspolitik nach dem Motto ‚whatever it takes‘ wieder herzurichten, könnte sich die Modern Monetary Theory bestätigt sehen: insofern die jetzt digitalisierte „Teufelsmühle“ (Polanyi 1997: 59 ff.) wieder angeworfen ist und „die alte Scheiße“ (MEW 3: 35) von vorne anfangen kann.

Seinerzeit hat O’Connor „Möglichkeiten und Grenzen kapitalistischer Reformen“ einmal aus der Perspektive von unten und sehr detailliert diskutiert (1974: 263-316). Er kam zu dem Schluss: Wenn es keine konkretere „sozialistische Perspektive“ gibt, „werden die Gewerkschafter, die Organisatoren und die Aktivisten weiterhin in einem relativen theoretischen Vakuum arbeiten“. Es wird ihnen nicht möglich sein, „mit den „unmittelbaren haushaltspolitischen Problemen fertig zu werden“, geschweige denn „mit der Frage, welches die neue materielle Basis der gesellschaftlichen Existenz selbst sein werde.“ Anscheinend ist die politische Ökonomie über diesen Stand der Dinge ein halbes Jahrhundert später immer noch nicht hinaus.

Der springende Punkt der Systemproblematik und einer Systemtransformation

Die Kritik an der Misere und die immer wieder konterkarierten Reformbemühungen sind zumeist mit dem Ruf nach mehr „Gerechtigkeit“ verbunden. Die gibt es da aber weder ein Detail, wie etwa einen „gerechten Lohn“ noch eine „Gerechtigkeit“ en gros durch „Umverteilung“, schließlich großzügig ausgedacht auch als „Erbschaft für alle“ (Piketty 2020): Die Kur, die unter gegebenen Umständen verordnet werden müsste, ist noch eine andere als aus zunächst kapitalwirtschaftlich herausgepressten Überschüssen und damit akkumulierten Vermögen abzusaugen und zuzuteilen.

Die vielleicht tiefste Wurzel der Probleme im Reich des „verschuldeten Steuerstaats“ (Schumpeter 1918) liegt in einer bis auf Adam Smith zurückgehenden Fehlannahme: In der irrtümlichen „Fundamentalauffassung“, dass sich der Wert des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in Portionen diverser Einkommensformen ausdrücken lässt. „Smith’s Dogma“ (vgl. MEW 24: 376 f.; Krüger 2012: 120-129; Müller Eva 2005: 40-43), wie man das auch nennt, ignoriert dass der ökonomische Prozess nicht nur in bestimmtem Maß disponible Einkommen generiert, sondern gleichzeitig die Reproduktion des immer auch schon vorausgesetzten konstanten, einfach gesprochen investiven Kapitals beinhaltet.

Die Ablendung oder Verdunkelung dieses Aspekts hat insoweit halbwegs funktionieren können, wie die kapitalwirtschaftliche Perspektive von „der“ Wirtschaft und den sozialen „Unkosten“ der „Daseinsvorsorge“ eine Grundlage in einer entsprechenden volkswirtschaftlichen Konfiguration hatte. Hinzu kommt die begriffslose Orientierung der Interpreten an statistisch-empirischen Phänomenen und eine Vernebelung realer, sachlich bedingter Zusammenhänge des Reproduktionsgeschehens durch abstraktifizierende, abgehobene Mathematisierungen.

Mit solcher Verdrängung politisch-ökonomischer Realitäten durch den homo oeconomicus musste es in dem Maße schwierig werden, in dem sich die sogenannte „Fundamentalökonomie“ als organisch vergleichbar hoch ausgerüstete ökonomische Hauptabteilung ausfaltete. Das wurde in der von Piketty angesprochene Periode der „Transformation vor allem nach dem Ersten Weltkrieg bis in die 70er Jahre“ deutlicher. „Nun zweigte sich der entstehende Sozialstaat, um eine umfangreiche Vorsorge- und Infrastruktur aufzubauen, einen Anteil von rund 30 Prozent vom gesamten Nationaleinkommen ab, in der letzten Nachkriegszeit wuchs diese Quote auf 40 bis 50 Prozent.“ (vgl. Piketty 2020; Zielcke 2020).

Aufgrund der innerlichen Wert- und Reproduktionsverhältnisse der sozialkapitalistischen Formierung lautet die praxislogisch zwingende Schlussfolgerung oder Hypothese: Von da an kann der kapitalwirtschaftlich beschränkte, vor allem auf Stromgrößen von „Einkommen“ abstellende steuerliche Transfer niemals mehr den wirklichen, auf Seiten der sozialwirtschaftlichen Dienste, in der zweiten Hauptabteilung, jetzt ebenfalls bestehenden investiven Bedarf decken. Eben diese Konsequenz bleibt im Grunde wieder außer dem Blickfeld, wenn Streeck fragt, „welche Renditeabschläge“ seitens der Kapitalwirte als „Kosten“ „lokaler, bürgernaher, solidarischer Produktion“ respektive Fundamentalökonomie „hinnehmbar“ sind.

Folglich wird der Sozialstaat, wenn er seine genuinen Aufgaben erfüllen möchte, so gut oder so schlecht es eben geht, zu wachsender, kaum mehr tilgbarer Verschuldung gezwungen. Im Zuge der neoliberalen Offensive wurde er in dieser Grundverfassung schließlich weiter in die Abhängigkeit von finanzkapitalistischen Umständen und Mächten getrieben.

Dass dieser Sozialstaat nicht das Recht und die Pflicht haben sollte, die zur Unterhaltung und Entwicklung des Gemeinwesens als Ganzes nötigen Mittel vollständig aus der Welt der Arbeit und Wirtschaft abzufordern und gesellschaftlich verantwortlich zu verwenden, bildet die seltsame Vorannahme einer verrückt gewordenen, unrealistisch funktionalen Ökonomik, deren weltwirksamer Nebeneffekt im Apostolischen Schreiben „Evangelium Gaudium“ (Franziskus 2013) einmal offen angesprochen worden war.

Die Steuersystematik und die Finanzierungsprobleme des Öffentlichen

Ich habe den Sachverhalt schon einmal so formuliert (Müller 2019a): „Es werden überwiegend Einkommen, und nicht einmal diese konsequent in Betracht gezogen, aber nicht auch eine Besteuerung von Kapital, der zweiten Grund- und Flussgröße in der Konstitution des Ökonomischen. Diese wäre nötig zwecks eines sozialstaatlichen Transfers investiver Mittel in den Bereich der öffentlichen Aufgaben und Infrastrukturen. Solches wurde bisher im Sinne einer Maschinen- oder Roboter-, Investitions- oder Wertschöpfungssteuer (vgl. Ortner 2015) nur unzureichend begründet und wird ansonsten in der volkswirtschaftlichen Theorie und Statistik systematisch verschleiert.“

Es geht demnach nicht nur um die „Beschaffung der für eine reiche Infrastruktur nötigen Investitionsmittel“ aus gewöhnlicher, geldpolitisch, steuer-technisch oder auch finanzkapitalistisch gewiefter Ausgabenfreudigkeit. Es geht vielmehr um ein Fundamentalproblem der Steuersystematik, bei der das Sozialabgabensystem oder „kollektiv institutionalisierte Leistungsbeziehungen“ mitzudenken sind. Diese fiskalische Gesamtsystematik wird sich im Weiteren sogar als Knoten- oder Angriffspunkt bezüglich der noch kapitalistisch dominierten Systemverhältnisse entpuppen.

Zunächst verweist die Erkenntnis, dass die Krise des National- und Sozialstaats sich einer teils dysfunktionalen oder sozial zunehmend untragbaren Hegemonie der kapitalwirtschaftlichen Praxeologie und einer damit einhergehenden fundamentalen Unwucht der Steuersystematik verdankt, auf die harten Grenzen oder das in der Tat grundsätzlich Unzureichende einer „vornehmlich redistributionistischen Perspektive“, die früher einmal als typisch sozialdemokratisch gelten konnte.

Wenn diese tiefer liegenden Wurzeln der Probleme nicht vor Augen stehen, wird man die „Schuld an der Misere“, abgesehen vom „Widerstand der Besserverdienenden“, zunächst bei einer verfehlten „Steuer- und Schuldenpolitik“ suchen. So heißt es bei Streeck, man werfe sich durch die ins Grundgesetz eingebaute Schuldenbremse oder „magische schwarze Null“ in die Arme der Kreditwirtschaft. Das ist sehr milde ausgedrückt: Man hat ein ansonsten im Weltmaßstab respektables Verfassungskonzept an dem Punkt völlig überflüssig mit ökonomistischer Ideologie versetzt und sich dabei parlamentarisch selbst entmündigt.

Der Nonsens wurde natürlich jetzt, bei der ersten nachfolgenden Gesundheits- und Wirtschaftskrise, Hals über Kopf über Bord geworfen und die Staatsverschuldung und Finanzakrobatik exponentiell weiter gesteigert, um das System nach dem economic slowdown oder einem crash

möglichst schnell wieder hochzufahren. Marx hätte kommentiert: Nichts ist „falscher oder abgeschmackter“ als der moderne Aberglaube, dass man „auf der Grundlage des Tauscherts“, durch „Bankverwandlungen oder Gründung eines neuen Geldsystems“ und schließlich unbegrenzten Kredit zu Nullzinsen zu einer wirklichen „Kontrolle“ über die gesellschaftliche „Gesamtproduktion“ kommen könnte (vgl. MEW 42: 69, 92).

Streck verstrickt sich jedenfalls in kognitive Dissonanzen, wenn erst auf kapitalwirtschaftlich zugerichtete oder marode Infrastrukturen, nie verheilte soziale Missstände, die exorbitant wachsende Ungleichheit und nicht mehr beherrschbare Umweltkrisen verwiesen wird, um im nächsten Atemzug nur auf bekannte Mittel aus der linken Hausapotheke zu setzen: Auf Einkommens-, Vermögens- sowie Erbschaftssteuern, die auch das Betriebsvermögen betreffen können, vielleicht auch noch eine Finanztransaktionssteuer und Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung. Natürlich helfen auch Hausmittel, reichen aber doch nicht bei multiplem Organversagen.

Auf der Suche nach Reservefonds zur Reform oder Rettung des Sozialstaats fällt noch die drohende „verantwortungslose Steigerung des Militäretats“ auf, die „schließlich 20% des Bundeshaushalts ausmachen dürfte.“ Für kapitalwirtschaftliche Beschäftigungssicherung und geostrategische Absicherung wäre das freilich nicht verantwortungslos: Die „Produktion für den Militarismus“, in unserer Zeit auch für Weltraumabenteuer, ist ein günstiges „Gebiet der Kapitalakkumulation zunächst von unbestimmter Ausdehnungsfähigkeit“ (Luxemburg 1990: 410). Die Europäische Union ist auf dem besten Weg, das erneut zu beweisen.

Als ultima ratio bleibt der Gedanke: Zwecks „Ausbau und Bestandssicherung fundamentaler Infrastrukturen“ müsse die Besteuerung des individuellen zugunsten des kollektiven „Reichtums“ so weit als möglich auf „nichtmobiles Vermögen“, insbesondere „Landbesitz“ sowie auf entsprechende, unverdiente, „nicht auf individuelle Leistung“ zurückgehende „Wertsteigerungen“ umgestellt werden: Probate Vorschläge, mögliche nützliche Effekte und Beruhigungsmittel. Aber damit wird weiter von der eingangs postulierten Umorientierung auf den Produktions- und Reproduktionsprozess abgelenkt. Auf dem mit guten Absichten gepflasterten Weg solcher Umverteilung käme vielleicht noch Helikoptergeld von oben segnend herab.

Letztlich können alle Memoranden für eine Umverteilung kapitalwirtschaftlich generierter, zu einem guten Teil obszöner „Reichtümer“ an der Kernstruktur der kapitalwirtschaftlichen Unordnung, dem darin mehrdimensional wirkenden Verwertungs-, Rationalisierungs-, Akkumulations-, Wachstums-, Expansions- und nicht zuletzt Extraktionszwang nichts än-

dem. Verfällt man nun noch darauf, verteilungspolitisch abgezapfte Mittel für einen „Green Deal“ zu verwenden, und bildet sich ein und propagiert, dabei im Nebeneffekt noch die Welt retten zu können, so hat man die ganze Weisheit wie auf einem Bierdeckel beieinander, auf den schließlich „die“ Wirtschaft wieder ihren Krug setzt.

Wert-, reproduktions- und praxisanalytische Vorklärungen und Konsequenzen

Gibt es nun überhaupt eine Alternative? Als grundlegendste Fehlstellung der Systemkonstruktion, noch vor den hypertrophen geldpolitischen Interventionen und weit unterhalb aller finanzkapitalistischen Aufblähungen und weiteren Krisenbrüche, zeigte sich bereits die einseitig einkommensorientierte Steuersystematik. Es bedarf daher einer Kapital- oder besser Kapitaltransfersteuer, das heißt eines volkswirtschaftlich ausgewogenen Verhältnisses von Einkommen- und Kapitalsteuern, um den Sozialstaat aus der kapitalwirtschaftlichen Zwangsjacke zu befreien, seine Souveränität zu bestätigen und die Sicherung wie auch eine entschiedene sozialzivilisatorische Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste zu ermöglichen.

An die noch nötige steuer- und finanztechnische Konkretisierung des Konzepts einer Besteuerung des konstanten oder investiven Kapitals kann man jedenfalls nicht ohne wert-, reproduktions- und praxisanalytische Vorklärungen herangehen: In der Absicht ist zunächst klar, dass eine Umverteilung aus kapitalwirtschaftlich generierten Fonds oder auch eine Abschöpfung von totem Vermögen nichts Grundsätzliches ändern kann. Die jetzt anvisierte Finanzrevolution ist dagegen, auch wenn es zunächst schwer zu begreifen ist, etwas völlig anderes: Sie kann die im Sozialkapitalismus latent vorhandenen, bisher überspielten Wertverhältnisse einer höheren Reproduktionsordnung und Wirtschaftsverfassung in Kraft setzen und so Geburtshilfe für etwas Neues leisten.

Wie ist das zu erklären? Die Kosten der sozialwirtschaftlichen Dienste stellen per Saldo eine ökonomische, betriebswirtschaftlich so genannte Vorleistung für den warenwirtschaftlichen Sektor dar, welche der Natur der Sache gemäß nicht unmittelbar bezahlt wird und auch gar nicht bezahlt werden kann: Kein Unternehmen kann die allgemeinen Bildungskosten seiner Mitarbeiter oder die Straßen bezahlen, die zu ihm führen. Die „Verkehrswerte“ dieser jetzt volkswirtschaftlich erbrachten Vorleistung sind daher in Grunde auf der Aufwandseite der Unternehmen zu veranschlagen, existieren dort aber nur virtuell.

Sieht man zunächst ab von der nötigen realen Abschöpfung des Fonds für die sozialwirtschaftlichen Arbeitseinkommen, im Weiteren auch des

Unterhalts oder der Renten für die nicht arbeitende Bevölkerung, aus dem Warenprodukt der Konsumgüterabteilung, so bleibt die Aufgabe, die nötige oder gewünschte Ausrüstung der sozialwirtschaftlichen Dienste mit investiven Kapitalien zu besorgen. Eben deren Verkehrswerte existieren zunächst als Vorleistung und virtueller Bestandteil im konstanten oder investiven Kapital der industriellen Warenproduktion. Die Kapitalsteuer soll eben diesen Wertfonds belegen, um den Transfer in die andere Hauptabteilung zu ermöglichen.

Ich spreche vom „Wertgesetz einer sozioökonomischen Reproduktion“ (Müller 2015: 485), die einem System kommunizierender Röhren ähnelt. Eine Ahnung von solcher Wertübertragung klingt bei Streeck an, indem die „kollektiven Investitionen“ zu Wertsteigerungen bei den Betriebsvermögen führen, die „nicht auf individuelle Leistung zurückgehen“ und daher bei der Erbschaftssteuer „angemessen“ veranschlagt werden dürften. So bringt die Kapitaltransfersteuer im Grunde virtuell übertragene Werte monetär zur Erscheinung, greift sie ab und erlaubt dadurch die investive Ausstattung des Öffentlichen beziehungsweise dessen Nachfrage. Es stellt sich so eine volkswirtschaftlich stimmige Wertbilanz her.

Diese Konzeption bedeutet im Grundmodell, dass das Öffentliche durch den Sozialstaat in geeigneten sozial- oder gemeinwirtschaftlichen Formen instituiert, die dortige Arbeit und Investition vollfinanziert wird und die Dienste im Prinzip ohne Weiteres zur Verfügung gestellt werden können. Selbstverständlich können von berechtigten Nutzern, aus den verschiedensten Gründen und in verschiedenstem Umfang, sonstige Gebühren oder Abgaben wie etwa Kanalgebühren für Industriebetriebe erhoben werden. Es handelte sich also, beispielsweise im öffentlichen Nahverkehr oder bei städtischen Bühnen, nicht mehr um Preise im üblichen Sinn. Im „Prinzip“ bedeutet auch, dass im Weiteren jegliche Mischformen mit gemeinnützigen oder sogar industriegewirtschaftlichen Betrieben und Unternehmen möglich sind und sinnvoll sein können.

Demnach wären Reformen, welche das Öffentliche vorerst ohne die essenzielle Fiskaloperation und den dann möglichen vollen Transfer instituieren, wenigstens ein Schritt in die richtige Richtung auf ein besseres Wirtschaftssystem. Konsequenter sind in diesem Sinn bereits jetzt annähernde Vollfinanzierungen auf Gebieten wie Erziehung, Bildung, Wissenschaft, auch die Unterhaltung des gesamten staatlichen, administrativen, juristischen und demokratischen „Organismus“ (MEW 19: 29) und vieles mehr. Anders wird es beispielsweise bei Unternehmen der Wasser-, Energie- und Abfallwirtschaft gehandhabt, wenn solche bereits als Teil der öffentlichen „Daseinsvorsorge“ und eher gemeinwohlorientiert geführt werden.

Alles dieses bliebe freilich noch unter dem kapitalwirtschaftlichen Schirm, soweit nämlich „der interventionistische Sozialstaat nichts anderes (ist) als das funktional notwendige und legitimatorisch unverzichtbare ‚Anderere‘ der kapitalistischen Ökonomie“ (Lessenich 2016). Das Sozialstaatswesen bliebe den immer neu entstehenden Problemlagen und Reproduktionskrisen weiter ausgesetzt, beschränkt und inkonsequent auf der Grundlage der steuersystematischen Halbheit, eingezwängt im Finanz- und Gesamtrahmen sozialstaatlicher Austerität.

Nur ein erster Schritt nach vorn wäre es also, auf dem Feld gesellschaftlich legitimierter sozialwirtschaftlicher Dienste keine privat- bzw. kapitalwirtschaftlichen Betriebsformen mehr zuzulassen. Solches wird zunächst auch nichtmarxistisch aus guten ökonomischen Gründen und sozialer Orientierung gefordert: Daseinsvorsorge und Infrastrukturen sollen „zukünftig ganz überwiegend und unmittelbar von öffentlich-rechtlichen Organisationen übernommen werden“, die „nicht nach dem Profitprinzip gesteuert werden dürfen“ (Flassbeck u.a. 2018; Müller 2019d).

Konsequent weiter gehend gilt es allerdings darauf hin zu wirken, die systemisch-fiskalischen Schranken gegen die Finanzierung und die Emanzipation des Sozialwirtschaftlichen zu öffnen. Dies erfordert aus der hier entwickelten Sicht die Besteuerung des fungierenden konstanten oder investiven Kapitals und damit die vollständige Geltendmachung des wertproduktiven Charakters der sozialwirtschaftlichen Arbeit und Leistung in der modernen Wirtschaftsgesellschaft: Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di müsste das eigentlich ohne Weiteres begreifen können.

Neue Verhältnisse von Arbeit, Aneignung und Regulation sowie die Eigentumsfrage

Die Konsequenzen der zutage geförderten Wertverhältnisse der modernen, sozialkapitalistischen Reproduktionsformierung gehen über die aufgewiesene Möglichkeit einer fiskalisch-ökonomischen Neuordnung und Befreiung beträchtlich hinaus.

Man muss sich vergegenwärtigen, dass die durch die Kapitalsteuer belegten oder beanspruchten Werte nicht von den besteuerten Unternehmen selbst, sondern seitens der sozialstaatlich, also gesellschaftlich instituierten sozialwirtschaftlichen Arbeit in einem koaktiven Prozess generiert werden. Es wird ihnen daher nichts genommen, was ihnen gehört. Daher begründen und legitimieren die innerlichen wertgesetzlichen Zusammenhänge ein allgemeingesellschaftliches Miteigentumsrecht im Bereich der jetzt noch privaten industriewirtschaftlichen Warenproduktion sowie eine dadurch angemessene, partizipative Unternehmensverfassung.

Diese würde sachgemäß die Belegschaft einschließen, könnte ebenso den Rechts- und Sozialstaat mit dessen notwendigen gesamtökonomischen Dispositiven zur Geltung bringen und nicht zuletzt entsprechende lokale Repräsentanzen zulassen. Die herkömmliche Forderung nach „Mitbestimmung“ bleibt weit dahinter zurück. Streeck verweist auf eine „Notwendigkeit neuer Rechtsformen für Unternehmen“. Die Fußnote führt zu einer „Gesellschaft in Verantwortungseigentum“, die öffentlich-gemeinnützig kuratiert wird und eine Ausschüttung von Gewinnen nur zu gemeinnützigen Zwecken erlaubt: Ein sehr beschränkte Möglichkeit, die nicht an die eigentlich nötige Überschreitung des unangemessenen, bornierten „Rechtshorizonts“ (MEW 19: 21) der liberalistischen Wirtschafts- und Unternehmensverfassung heranreicht.

So gesehen ist selbst auf der Stufe oder noch im Horizont der heutigen, entwickelten Kapitalwirtschaft - in der die „von der Gesellschaft des Kapitals selbst proklamierten allgemeinen Eigentumsgesetze“ (MEW 42: 371, 373, 403), einen Deckmantel oder besser eine Zwangsjacke für die Aneignung fremder Arbeit unter dem Anschein eines Äquivalententauschs und gesellschaftlichen Gleichstellung bilden - die juristische Konstellation realiter überholt. Grundsätzlich sollte auch die Rechtswissenschaft zu unterscheiden lernen zwischen bloßen Besitztiteln, die auf offenen oder untergründigen gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen zurückgehen, und wirklichem Eigentum, das im Prinzip auf tätiger Aneignung beruht (vgl. MEW 42: 371, 383). Wertschöpfung durch individuelle oder auch „gemeinschaftliche oder kombinierte“ Arbeit ist eben solcher Kasus. Im ersteren Fall dürfte die Klage auf Entschädigung von keinem anständigen Gericht zugelassen werden.

Ein rein privatkapitalistisches Eigentum an Produktionsmitteln ist also durch die heutigen, im gesellschaftlichen Maßstab koaktiven Verhältnisse von Arbeit, Aneignung und Regulation nicht gedeckt und jenes bestenfalls als korporatives Eigentum legitimierbar. Mit dem Schreckgespenst einer „Kollektivierung“ hat das nichts zu tun:

Wenn man auf industriekapitalistischem Niveau derart vergesellschaftet, kann an die Stelle der Privatkapitalisten im Grunde nur ein Staatskapitalist treten und in puncto Wirtschaftsrechnung nicht viel anders verfahren. Eine demokratische Steuer-, Rechts- und Sozialstaatlichkeit kann aber schwerlich mit einem bürokratischen Staatskapitalismus verwechselt werden. Jetzt geht es um die praktische Anerkennung objektiv-real veränderter, höherer gesellschaftlicher Verhältnisse und eine entsprechende Revision der Wirtschaftsverfassung.

Damit steht eine für die Gesellschaft und Zukunft unverkennbar bessere Lösung zur Entscheidung. Diese beruht im Kern auf der in Aussicht stehenden, tendenziellen Umstimmung weg von der forcierten Kapitalverwertung, dem Wachstumsfetischismus, von sozialer Austerität, von Diktaten finanzkapitalistischer Mächte, dafür hin zu gesamtökonomisch koaktiven und einzelökonomisch partizipativen Formen eines freieren, haushälterischen Wirtschaftens. Die zu erwartenden oder zu erhoffenden Veränderungen sind beträchtlich:

Zunächst sind die Produktionen oder Leistungen der sozialwirtschaftlichen Dienste rekursiv auf den Raum des jeweils gegebenen National- und Sozialstaats bezogen. Das wirtschaftliche Leben als Ganzes weist somit eine wesentliche nationalökonomische Selbstbezüglichkeit auf. Insoweit beschädigt die anvisierte Revision der Steuersystematik nicht etwa die industriewirtschaftliche Warenproduktion, sondern sichert und verstärkt inländischen Umsatz, im Weiteren vor allem auch regionale und lokale Kreisläufe, im Verhältnis zur Industrie und deren Verflechtung mit dem Weltmarkt.

Diese selbstbezügliche Dimensionierung und eine auch darauf gestützte staatliche Souveränität ermöglichen das je mögliche Maß einer relativen Selbstbehauptung und Konsolidierung der gesellschaftlichen Formierung im Weltmarkt und in den internationalen Beziehungen. Das Nationale ist insofern wesentlich politisch-ökonomisch fundiert und repräsentiert in geschichtsmaterialistischer Sicht das heutige reelle Maß menschlicher Vergesellschaftung: Die konkreten Existenzformen sind wie alles in der Welt widersprüchlich. Unterhalb drohen lokale Bornierungen und Separatismen, jenseits bieten sich jegliche Kooperationen und Engagements an, oder es kommen auch kosmopolitische Illusionen (Mouffe 2007) ins Spiel. Während dem mehren sich in aller Welt ökologische Katastrophen, ökonomische, soziale und politische Auseinandersetzungen und Brandherde eines Staats- und Zivilisationszerfalls. So wäre es nötig, die gesellschaftlich konstitutiven und emanzipatorischen Aspekte und überhaupt der Rolle des Nationalen für eine in dieser Frage verwirrte Linke wieder einzuholen (vgl. Wahl 2017).

Nun zeichnet sich die Aussicht auf eine Umstimmung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens dadurch ab, dass sich die Gewichte im Verhältnis zwischen dem warenproduzierenden Sektor und den sozialwirtschaftlichen Diensten wesentlich verschieben. Sehr schön hat Marx antizipiert (MEW 19: 19): Der Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, der „zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc.“ „wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.“

Freiere inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten auf diesen Gebieten können das individuelle und gesellschaftliche Leben ganz anders stützen und fördern. So würde der Lohn für Arbeit nur den einen Teil des „Einkommens“ ausmachen, der andere läge in der im Prinzip unentgeltlichen oder nur durch Gebühren abzugeltenden Aneignung der öffentlichen Angebote und Möglichkeiten. Wenn man eine „Renaissance des Sozialstaats“ so versteht, könnte es vielleicht gelingen, „die Fundamentalökonomie auf ein Niveau zu bringen, das seinen Wohlstand und die Integration seiner Bürger in die nationale Gesellschaft auf längere Frist sichern könnte.“

Die anvisierte Umstimmung betrifft aber auch das weite Feld der industrie- und marktwirtschaftlichen, auch international verflochtenen Warenproduktion: In dieser Beziehung war es der gedankliche Überschlag einer abstrakten Negation und ein historischer Irrtum, die Alternative zu kapitalistischen Marktverhältnissen in einem staatsplanwirtschaftlichen System zu suchen. Erst die sozialkapitalistische Formierung entwickelte die Voraussetzungen für einen Systemwechsel, der keineswegs mit einer Abschaffung der Kategorien Wert, Ware und Markt zu tun hat.

Was man ökonomischen Wert nennt, ist weder ein Schadstoff noch ein blödes Maß für „Nutzen“, sondern eine objektiv-reale Sinnimplikation im Prozess der waren- und sozialökonomischen, durch gesellschaftliche Arbeit betriebenen und durch Wertverhältnisse und Wertformen vermittelten Reproduktion, die etwa auch in Geldform zur Erscheinung kommt. Zur praktischen Lösung jener Vermittlungsproblematik gehört eine Art „sozialistische Marktwirtschaft“ mit entsprechenden korporativen Eigentums- und Unternehmensformen, so insgesamt in einem sozialstaatlichen, hoffentlich von Wissen, Kompetenz, Recht und Verantwortlichkeit geprägten, prozessual demokratischen Regulationszusammenhang. Streeck beschränkt sich diesbezüglich und ziemlich habermasianisch auf die Frage nach einer „nichtmarktlichen, demokratischen Bedarfsermittlung im Medium öffentlicher Diskussion“.

Aufgrund der angesprochenen Aspekte und weiter zu erforschenden sozioökonomischen Formen und Funktionen einer „assozierten Produktionsweise“ (MEW 42: 456) zeichnet sich die Möglichkeit einer wesentlichen Umstimmung in Richtung der Einhegung oder Aufhebung der Verwertungs- und Wachstumswänge, also ein „neues Entwicklungssystem der Arbeit, Produktion und Praxis“ ab (Müller 2015: 477- 498).

Im Innern geht es dabei vor allem um die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen dem National- und Sozialstaat als Ganzes und seinen lokalen, kommunalen Grundeinheiten.

Der National- und Sozialstaat und seine kommunale Basisebene

Aus der bisherigen Untersuchung ergab sich, dass erst die fiskalisch initialisierte Reformierung der gesamtökonomischen Zusammenhänge den Weg zu einer systemrelevanten Veränderung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens frei machen könnte. Da auch Streeck angesichts der rumorenden „Finanz-, Sozial- und Wirtschaftskrise“ im Grunde keine konkrete Alternative aufweisen kann (Streeck 2013: 225 ff.), plädiert er nun dafür, ökonomisch und politisch vor allem auf die lokale Ebene des demokratischen Staatswesens und der gesellschaftlichen Praxis zu fokussieren.

Für die Diskussion dieses Ansatzes ist hilfreich, die sozialkapitalistische Strukturierung noch einmal in einem Denkbild zu vergegenwärtigen. Es handelt sich um eine „dreigliedrige“ Formierung: Die zwei gegenüberliegenden Seitenflügel des Dreiecks bilden die ökonomisch auf einander verwiesenen Abteilungen der Kapital- und der Sozialwirtschaft, an der Spitze der Steuer-, Rechts- und Sozialstaat als zentraler Mediator, der die ganze Fläche des dazwischen liegenden Alltagslebens und der Zivilgesellschaft bis an die Grundlinie oder lokale, kommunale Ebene durchdringt.

Dieses Staatswesen geht von oben bis unten durch alles hindurch. Die kommunal verfasste lokale, urban geprägte Praxis an der Basis stellt dabei ein strukturell gleichsinniges Grundelement der Gesamtgestalt dar. Es handelt sich um das lokale Staatswesen, in dem sich das bürgerschaftliche und auch demokratische Leben vor Ort abspielt. Diese Praktikizität spiegelt oder reproduziert die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse: Die ökonomische Dominanz „der“ Kapitalwirtschaft, die fiskalischen Abhängigkeiten und Nöte der Stadtregierungen und der Landkreise, den in allem mitspielenden Grundton sozial-infrastruktureller Limitierung oder Austerität.

Dabei empfangen das Alltagsleben wie die Zivilgesellschaft Vorgaben einerseits aus der Welt der Arbeit und Wirtschaft, andererseits von der Seite der sozial-infrastrukturellen oder sozialwirtschaftlichen Produktionen und Leistungen: Ein konkretes familiales Leben ist durch Arbeitsplätze und Einkommen bedingt und zugleich, von der Geburtsklinik über das Einwohnermelde- und Passamt bis zur Friedhofsordnung, bestimmt durch allgegenwärtige sozial-infrastrukturelle Vorgegebenheiten.

Das Denkbild verdeutlicht einen Zangengriff, dessen Konsequenzen Streeck plastisch schildert: Er konstatiert „wachsenden Unmut der Bürger über steigende Preise und sinkende Qualität, bei Wohnungen, im Nahverkehr, im Bildungswesen“, von der „Wasser- über die Bildungs- bis hin zur Gesundheits- und Altersversorgung“. Er geißelt die Verwandlung des Öffentlichen, der „Wasserleitungen und Sozialwohnungen, Straßen und Pfl-

geheime, Krankenversorgung und Rentenversicherung, Schienenverkehr und öffentliche Verwaltung“ in „Profitzentren“.

Es ist aber nun nicht einfach so, dass „private Interessen dem öffentlichen Interesse im Wege“ stehen und man vor allem nur die Gewichte auf der Schaukel verlagern müsste. Die ganze Konstruktion, die Reproduktions- und Fiskalordnung ist verquer und die genannten Konsequenzen daraus sind immer weniger hinnehmbar. Das heißt, dass der vorgeschlagene „Gradualismus“ oder ein Experimentalismus von unten, der auch sonst in den Debatten über Systemalternativen ganz überwiegt, marginal bleibt oder wieder und wieder scheitern wird, wenn nicht ein Wandel durch eine „Umstimmung“ der Systemverhältnisse im Ganzen entgegen kommt.

Was nur unter dieser Voraussetzung, oder Hand in Hand damit möglich wäre, hat Streeck weiter zu durchdenken versucht. Dabei setzt sich die eingangs festgestellte Überschätzung der Bedeutung, die dem Fundamentalökonomischen für sich zukommt, fort in der überzeichneten Orientierung auf einen „kommunalen Sozialismus“ und einen allgemein bleibenden Verweis auf Möglichkeiten „nationaler Politik“, wo es um stringente Bedingungen nationaler Ökonomie und Finanzen geht. Dennoch werden wirklich vorhandene „kommunitaristische“ Potentiale angesprochen.

So könne es ein partnerschaftliches Zusammenspiel zwischen einer kommunalen Fundamentalökonomie und der warenwirtschaftlichen Sphäre geben, etwa mit „örtlichen Mittel-, Klein- und Kleinstunternehmen“. Möglich erscheinen Lizenzierungen bzw. Abkommen auf Gegenseitigkeit mit sozial verantwortlich handelnden „Einzelhandelsketten“. Es bestünde etwa die Chance, „öffentliche Institutionen, wie Krankenhäuser und Universitäten, stärker als bisher als Ankerinstitutionen der örtlichen Fundamentalökonomie zu nutzen.“

Das wäre eine Ebene „lokaler, bürgernaher, solidarischer Produktion“ mit entsprechenden „Organisations- und Eigentumsformen“. „Wirtschaftlich und gesellschaftlich funktionsfähige örtliche Gemeinschaften mobilisieren lokale Kenntnisse, soziale Energien und politische Handlungsfähigkeiten, die in zentralisierten Märkten und politischen Systemen nur allzu oft unentdeckt bleiben.“ Der Ausbau der Fundamentalökonomie könne auch dezentralisierend, entgegen der Tendenz zur urbanen „Agglomeration“ und gleichzeitiger „Verödung ganzer Regionen außerhalb der großen Ballungsgebiete“ wirken.

Außer Sicht bleibt hier die kulturelle Dimension oder gar eine kulturelle revolutionäre, zivilisatorische Perspektive bezüglich des „Alltagslebens in der modernen Welt“ (Lefebvre 1972). Oder soll es bei Urban Gardening, Regalen für lokale Produzenten im Supermarkt und bei runden Tischen bleiben,

die sich angesichts der „Schuldenlast“ der Gemeinden im Kreis drehen? Hätte man erweiterte Möglichkeiten, so gäbe dies dem demokratischen Leben auf kommunaler Ebene einen erweiterten Sinn nicht nur von Verwaltung, sondern vor allem von Gestaltung. So fehlt also dem teils praktischen, teils visionären „kommunalen Sozialismus“ die Ermöglichung durch eine ins kapitalwirtschaftliche Getriebe eingreifende Steuer- und Finanzreform.

Schlussbemerkungen

Der Kern der „vertagten Krise des demokratischen Kapitalismus“ (Streeck 2013) wird kurz und gut so umrissen: „Wir haben von der Fiskal-krise des Staates gehört, von steigenden Vorbereitungs-, Flankierungs-, Reparatur- und Legitimationskosten des Kapitalismus bei näher rückenden Grenzen der Besteuerung einer privatkapitalistischen Ökonomie und der Verschuldung öffentlicher Hände bei einem ins Gigantische gewachsenen kapitalistischen Finanzsektor.“ Jetzt zeigen der Schock der Coronakrise und die angebrochene Gesundheits-, Wirtschafts- und Weltkrise, auf welche kurze Strecke diese „Vertagung“ zunächst möglich war. Alle die genannten und auch sonst im Grunde bekannten Symptome brechen in höherer Potenz und in globaler Dimension auf.

Die eingeleiteten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Not- und Rettungsmaßnahmen und alle Facetten des gegenwärtigen Weltszenarios, in dem auf dem erreichten höchsten, globalen Niveau „zugleich alle Widersprüche“ der Sozialformation „zum Prozess kommen“ (MEW 42: 154), erinnern an geschichtliche Erfahrungen: „Der Zusammenbruch der traditionellen Ordnung bedeutet nicht, dass wir uns in einem Vakuum befinden. Es wäre nicht das erstemal in der Geschichte, dass Notlösungen den Keim großer und dauerhafter Einrichtungen in sich tragen.“ Die Ahnung richtete sich darauf, dass sich endlich der „Vorrang der Gesellschaft vor diesem System“ durchsetzen könnte, sei es auf „demokratische“, „autoritäre oder vielleicht eine völlig unvorhersehbare Weise.“ (Polanyi 1997: 331 f.).

Mag sein dass der Punkt erreicht oder besser: ein noch halb offenes gesellschaftsgeschichtliches Übergangsstadium eröffnet ist. Die zersparten und neoliberal zugrichteten Infrastrukturen der Gesundheit, des Krankenhauswesens und der Pflege sind jetzt nur *ein* voll einschlagender Beweis für die Bedeutung von sozial- und gemeinwirtschaftlichen Diensten, die ganz in öffentliche Hände gehören und, durch Aufhebung der Verklemmung in einer grundverkehrten, asymmetrischen Steuersystematik, frei finanziert und auf ein höheres zivilisatorisches Niveau gehoben werden könnten.

Über die Möglichkeiten und die weit reichenden Konsequenzen dieser Operation muss man weiter forschen. Die These, dass schon der „Fokus auf

Fundamentalökonomie den Weg zu einem erneuerten Sozialismus weisen könnte“, wirkt dagegen übertrieben. Überhaupt sollte Sozialismus weder als Neologismus formuliert noch als vergangener, angeblich „realer“, oder noch bevorstehender Zustand, sondern als Richtung verstanden werden: Als „Invariante der Richtung auf ein menschenwürdiges Leben“ (Bloch 1978: 208), durchzuhalten in den jeweiligen Gesellschafts- und Weltzuständen, als Praxis mit Blick für objektiv-reale Verhältnisse und einen vor allem politisch-ökonomisch belehrten wie lernfähigen Richtungssinn für „soziale Wahrheit“ (Müller 2015: 260 ff.).

Auf diesem schwierigen Weg sind die eingangs umrissenen alternativen Ansätze und Bewegungen bereichert und angestoßen durch infrastruktur-, fundamental- und sozialökonomische Ideen. Allerdings verbergen sich in alledem schwierige, verschleppte und strittige Probleme. In dieser kritischen Situation braucht es eine Aktivierung und „Fortentwicklung“ des dialektischen Praxisdenkens und dessen Elaboration als Paradigma einer leistungsfähigen, überlegenen Praxiswissenschaftlichkeit (Müller 2018).

Als dadurch inspirierte, erstrangige Aufgabe zeigte sich die Weiterentwicklung des von Marx begründeten wert-, reproduktions- und praxisanalytischen Forschungsansatzes für die heutigen widersprüchlichen sozialkapitalistischen Verhältnisse und unter den schwierigen weltkapitalistischen Bedingungen wie globalen Bedrohungen. Dies weist in Richtung einer theoretischen wie praktischen, wirtschaftspolitisch artikulations- und zukunfts-fähigen Sozioökonomie.

Schließlich bildet der Widerspruch zwischen dem mehr oder weniger latent andrängenden Neuen und der noch hegemonialen alten Formierung den akuten, formationellen Hauptwiderspruch der neuen Zeit. Ohne halbwegs vertrauenswürdige Identifizierung dieses Neuen, wie sie hier versucht wurde, und ohne das Zusammenspiel aller eben darauf bezogenen Kräfte, kann dieser Widerspruch nicht politisch richtungweisend und gegen die abgründige Tendenz nach rechts ausgetragen werden.

Wenn für diese politische Dimension gilt: Kein Sozialismus ohne Demokratie, so wäre dem jetzt hinzuzufügen: Keine Demokratie ohne ein fundiertes Wirklichkeitswissen und Gewissen der Zukunft (vgl. Bloch 1977: 326). Dass man an die nötige Gesellschafts-, Welt- und Selbstveränderung ohne entsprechende, höher entwickelte, praxiswissenschaftlich konkrete politische Philosophie herangehen könnte, ist also eine lächerliche Vorstellung.

Literatur

- Bloch, Ernst (1977): Das Prinzip Hoffnung. Gesamtausgabe Bd. 5/I.
- Bloch, Ernst (1978): Über ungelöste Aufgaben der sozialistischen Theorie. In: Tendenz – Latenz – Utopie. Ergänzungsband zur Gesamtausgabe. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 194-245.
- Bundeszentrale für Politische Bildung: Infrastruktur. Themenheft. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 67. Jahrgang, 16–17/2017, 18. April 2017. <http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/246433/infrastruktur>
- Busch, Ulrich (2016): Postsozialistische Romantik. In: Berliner Debatte Initial 27 (2016) 2, S. 94-106. Aufruf: <https://www.linksnet.de/artikel/38361>
- Flassbeck, Heiner / Steinhardt, Paul (2018): Gescheiterte Globalisierung. Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates. Suhrkamp, Berlin. Dazu das Diskussionspapier von Horst Müller 2019.
- Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Vorwort von Wolfgang Streeck. Suhrkamp, Berlin.
- Foundational Economy Collective (2020): Was kommt nach der Pandemie? Ein 10-Punkte Programm für eine Erneuerung der Fundamente. Aufruf: <https://foundationaleconomy.com/german-covid-19-report/>
- Goldscheid, Rudolf (1976): Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft. In: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 253-316.
- Heintze, Cornelia / Ötsch, Rainald / Troost, Axel (2020): Die Beschäftigungslücke in der sozialen Infrastruktur. Ungedeckte Bedarfe für eine gute Versorgung mit öffentlichen und gemeinwohlorientierten Dienstleistungen in Deutschland. RLS-Studie 2-2020. Aufruf: <https://www.axel-troost.de/kontext/controllers/document.php/3453.4/d/2852f0.pdf>
- Hirsch, Joachim / Brüchert, Oliver / Krampe, Maria u. a. (2013): Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur. Hrsg. von der AG links-netz. VSA, Hamburg.
- Korsch, Karl (1974): Die sozialistische Formel für die Organisation der Volkswirtschaft. In: Politische Texte, hrsg. von Erich Gerlach und Jürgen Seifert), EVA, Frankfurt am Main/Köln 1974, 17-21. Aufruf: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/korsch/1912/12/formel.htm>
- Krüger, Stephan (2012): Keynes & Marx. Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse, Band 4. VSA, Hamburg.

Lefebvre, Henri (1972): Das Alltagsleben in der modernen Welt. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Lessenich, Stephan (2016): Warum der Kapitalismus den Sozialstaat braucht. bpb magazin 10. Ausgabe, am 19.10.2016. Aufruf: <https://www.bpb.de/dialog/235794/werum-der-kapitalismus-den-sozialstaat-braucht>

Luxemburg, Rosa (1990): Die Akkumulation des Kapitals. Eine Antikritik, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Bd. 5, Dietz Verlag, Berlin.

Marcuse, Herbert [1929]: Über konkrete Philosophie, in: Herbert Marcuse Schriften Bd. 1., Suhrkamp, Frankfurt am Main 1981, 385-407.

Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms. Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: MEW Bd. 19. Dietz, Berlin, S. 15-32. Aufruf: http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_013.htm

Marx, Karl: Das Kapital, Bd. 1. / 2 / 3, MEW Bd. 23, 24, 25. Dietz, Berlin.

Marx, Karl: Theorien über den Mehrwert. Erster Teil. MEW Bd. 26.1, Dietz, Berlin (DDR).

Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. MEW Bd. 42, Dietz, Berlin. Als Onlinetext bei Inkrit. Aufruf: <http://dhcm.inkrit.org/wp-content/data/mew42.pdf> Dazu auch die Sammlung von Auszügen bei Müller, Horst (2013): Best of Karl Marx.

Mattert, Jana u.a. (2017): Gemeinwohl als Zukunftsaufgabe: Öffentliche Infrastrukturen zwischen Daseinsvorsorge und Finanzmärkten. Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung. Aufruf: <https://www.boell.de/de/2017/06/22/gemeinwohl-zukunftsaufgabe-oeffentliche-infrastrukturen-daseinsvorsorge-finanzmaerkte>

Mazzucato, Mariana (2014): Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. Kunstmann, München. Rezension in der SZ/Politik am 16.12.2014.

Mazzucato, M. and Ryan-Collins, J. (2019): Putting value creation back into 'public value': From market fixing to market shaping. UCL Institute for Innovation and Public Purpose, Working Paper. Series (IIPP WP 2019-05). Aufruf: <https://www.ucl.ac.uk/bartlett/public-purpose/wp2019-05>

Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Suhrkamp, Berlin.

Müller, Albrecht: Was wir ändern müssen: I. Korrektur der Privatisierungen. Öffentliche Verantwortung für Daseinsvorsorge und andere ähnliche

Leistungen. NachDenkSeiten, am 21. November 2019. Aufruf:

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=56561>

Müller, Eva (2005): Marxsche Reproduktionstheorie. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. VSA, Hamburg.

Müller, Horst (2001): Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, in: UTOPIE kreativ Nr. 132, Oktober 2001, S. 909-924, unter: <http://www.rosalux.de/publication/16154/die-staatsquote-und-transformationstendenzen-in-wirtschaft-und-gesellschaft.html>

Müller, Horst (2012): Sozialkapitalismus und Systemtransformation. In: Berliner Debatte Initial 3/2012, 77-93. Aufruf: <https://www.linksnet.de/de/artikel/29122>

Müller, Horst (2013): Best of Karl Marx. Exzerpte aus der Manuskriptsammlung Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Nürnberg, 2013. Aufruf: https://www.praxisphilosophie.de/mueller_grundrisse_exzerpte.pdf

Müller, Horst (2015): Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. Books on Demand, Norderstedt. Informationen und Auszüge unter https://www.praxisphilosophie.de/das_konzept_praxis_im_21_jhd_312.htm

Müller, Horst (2018): Zur Fortentwicklung des Marxismus als dialektische Praxiswissenschaftlichkeit im 21. Jahrhundert. In: Novkovic, Dominik / Akel, Alexander (Hrsg.): Karl Marx - Philosophie, Pädagogik, Gesellschaftstheorie und Politik. Aktualität und Perspektiven der Marxschen Praxisphilosophie. Kasseler Philosophische Schriften – Neue Folge 8. Kassel 2018, S. 251-281. Aufruf: <https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/11013/KasselerPhilosSchriftenNF8.pdf?sequence=1&isAllowed=y>

Müller, Horst (2019a): Neosozialismus: 8 Thesen und Antithesen zur System- und Transformationsdebatte. Diskussionsbeitrag. Nürnberg, im Dezember 2019. Aufruf: https://www.praxisphilosophie.de/neosozialismus_thesen_und_antithesen.pdf

Müller, Horst (2019b): Die gesellschaftlichen Infrastrukturen und eine Kapital(transfer)steuer als Schlüssel der Systemtransformation. Beitrag zur PRAXIS-Diskussion Heft 3/2019. Aufruf:

https://www.praxisphilosophie.de/infrastrukturen_kapitaltransfersteuer_und_systemtransformation.pdf

Müller, Horst (2019c): Kapitalwirtschaft oder eine zivilisierte Sozioökonomie als Systemalternative. Die Besteuerung des Kapitals und eine neue Wirtschaftsverfassung als Grundlage gesellschaftlicher Emanzipation. Als Beitrag zur PRAXIS-Diskussion Heft 2/2019, Nürnberg. Aufruf: https://www.praxisphilosophie.de/kapitalwirtschaft_oder_soziooekonomie_als_systemalternative.pdf

Müller, Horst (2019d): Standing an der Systemgrenze. Buchbesprechung zu H. Flassbeck / P. Steinhardt: 'Gescheiterte Globalisierung'. Bei Makroskop Online. Aufruf: <https://makroskop.eu/2019/04/standing-an-der-systemgrenze/>

O'Connor, James (1974): Die Finanzkrise des Staates. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Ortner, Georg (2015): Wertschöpfungsabgabe: Eine Alternative zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Aufruf: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/wertschoepfungsabgabe/>

Piketty, Thomas (2020): Kapital und Ideologie. C.H. Beck, München. Dazu die Rezension von Andreas Zielcke: Vorwärts ohne Marx. In: Süddeutsche Zeitung am 11. März 2020.

Polanyi, Karl (1997): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Reuel, A. L.: Smith's Dogma. In: The Great Soviet Encyclopedia, 3rd Edition (1970-1979). Aufruf: <https://encyclopedia2.thefreedictionary.com/Smith%27s+Dogma>

Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (2018): Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur. Philosophische Studien zu Marx und zum westlichen Marxismus. Freiburg/München: Karl Alber.

Schumpeter, Joseph (1976): Die Krise des Steuerstaats. In: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 329-379.

Sekera, June A. (2016): The Public Economy in Crisis. A Call for a New Public Economics. Springer. Aufruf der Buchanzeige: <https://www.springer.com/de/book/9783319404868>

Steinhardt, Paul (2017): Schlachtfeld Öffentliche Daseinsvorsorge. Bei Makroskop am 21.12.2017. Aufruf:

<https://makroskop.eu/2017/12/schlachtfeld-oeffentliche-daseinsvorsorge/>

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Suhrkamp, Berlin.

Streeck, Wolfgang (2015): Wie wird der Kapitalismus enden? Teil I u. II. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 3/2015, S. 99-111 u. Nr. 4/2015, S. 109-120.

Streeck, Wolfgang (2019): Der alltägliche Kommunismus. Eine neue Ökonomie für eine neue Linke. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 6/2019, S. 93-105. Aufruf:

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2019/juni/der-alltaegliche-kommunismus>

Van Laak, Dirk (2018): Alles im Fluss: Die Lebensadern unserer Gesellschaft. Geschichte und Zukunft der Infrastruktur. Fischer.

Wahl, Peter (2017): Die Linke, der Nationalstaat und der Internationalismus. Theorieblog von attac Deutschland, am 10. Februar 2017. Aufruf:

<https://www.praxisphilosophie.de/die-linke-der-nationalstaat-und-der-internationalismus.pdf>

Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien: Promedia.

Wissel, Jens / Dirk, Martin (2018): Soziale Infrastruktur als sozialpolitisches Transformationskonzept. In: Ulrich Brand/Christoph Görg (Hg.), Zur Aktualität der Staatsform: Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch (Staatsverständnisse, Band 113). Aufruf:

https://www.academia.edu/38980826/Soziale_Infrastruktur_als_sozialpolitisches_Transformationskonzept

Lern- und Lehrstoff: Existiert das Neue schon im Alten?



Vortrag zum Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert: Einführung in den praxisphilosophischen Marxismus, Analyse der gesellschaftsgeschichtlichen Übergangssituation und des Sozialkapitalismus, Aspekte einer politisch-ökonomisch fundierten gesellschaftlichen Transformation.

Linz/Wien 2016. [Videodokumentation](#) der Solidarwerkstatt (1 h 40 min)

Abstract bzw. Einleitung

Die Ideen einer Infrastruktur in öffentlicher Hand sind ein bedeutender Ansatz im Zusammenhang der Debatten über wirtschaftliche und gesellschaftliche Alternativen. Ich knüpfe hier vor allem an Wolfgang Streecks Überlegungen an, die dem Konzept der Foundational Economy gelten. Den Hintergrund bilden eigene Untersuchungen über die sozial-infrastrukturellen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens. Diese führen zu deutlich weiter gehenden Schlussfolgerungen bezüglich einer möglichen Systemtransformation.

Streecks Vorschläge zu einer „neuen Ökonomie für eine neue Linke“ gehen von einem systemisch relevanten Gegensatz zwischen Kapital- und Fundamentalökonomie aus. Aber er vermag weder die spezifische „ökonomische Form“ der letzteren noch die wert- und reproduktionstheoretischen Zusammenhänge zwischen beiden Abteilungen des wirtschaftlichen Lebens zu analysieren. Diese bilden zusammen mit der zentralen Rolle des Steuer- und Sozialstaats die Konfiguration des modernen Sozialkapitalismus.

Dessen national- und sozialökonomische, formationelle Gesamtcharakteristik wurde auch marxistisch nicht erfasst. Von daher fokussiert Streeck schließlich primär und politisch auf die untere, kommunale Ebene. Ich versuche dagegen zu erläutern, inwiefern eine „Fiskalrevolution“, sozusagen von oben, die notwendige Bedingung auch für eine Emanzipation der lokalen, kommunal verfassten urbanen Praxis oder für das ist, was Streeck „kommunalen Sozialismus“ nennt.

Auch andere infrastrukturbezogene Ansätze und das hier entwickelte Konzept sollten den Anstoß geben, an diesem keineswegs ganz gelösten Knotenpunkt weiter zu forschen. Es braucht aber nicht nur einer „verstärkten Berücksichtigung in der volkswirtschaftlichen Forschung“, so als sei „die“ Wissenschaft ideologiefrei und realitätstüchtig.

Durch die Argumentation sollte vielmehr deutlicher werden, dass die Lösung der Probleme die Aktivierung eines dialektischen, methodisch reflektierten Praxisdenkens und eine Fortentwicklung des von Marx begründeten wert-, reproduktions- und praxisanalytischen Forschungsansatzes in Richtung einer zukunftsfähigen Sozioökonomie erfordert.